

Statement von Gernot Kiefer,
Vorstand des GKV-Spitzenverbandes,
anlässlich der Pressekonferenz zum Thema
„Unabhängige Patienten- und Verbraucherberatung“
am 27. Januar 2011 im Hause der Bundespressekonferenz

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird künftig eine unabhängige Patienten- und Verbraucherberatung zu Gesundheitsthemen in Deutschland als Angebot der Regelversorgung geben. Wir freuen uns, Ihnen heute den künftigen Anbieter der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland vorstellen zu können. Für einen Zeitraum von fünf Jahren hat die Bietergemeinschaft SVV den Zuschlag erhalten. Dahinter verbergen sich folgende Gesellschafter des neuen Informations- und Beratungsangebots:

- Sozialverband VdK Deutschland
- Verbraucherzentrale Bundesverband
- Verbund unabhängige Patientenberatung e.V.

Sie werden die „Unabhängige Patientenberatung Deutschland“ verantworten. Hier unser Glückwunsch! Unser Dank gilt auch den anderen Bietern, die sich dem Wettbewerb gestellt haben und mit ihren Angeboten für eine dem Thema angemessene intensive fachliche Diskussion gesorgt haben.

Als der GKV-Spitzenverband im Februar letzten Jahres wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung (Prognos) vorgestellt hatte, war nicht klar, ob es den politischen Willen für eine unabhängige Verbraucher- und Patientenberatung als Regelangebot geben wird. Bis zum 31.12.2010 wurden entsprechende Strukturen lediglich als Modellvorhaben mit Beitragsmitteln der GKV erprobt - übrigens einmalig in Europa.

Wir sind froh, dass jetzt alles geklärt ist und die konkrete Beratung ab dem 15. Februar 2011 schrittweise wieder aufgebaut wird. Den Anfang wird die Telefon-Hotline machen.

Mit der vom GKV-SV durchgeführten Ausschreibung, deren Gewinner die Bietergemeinschaft SVV ist, wurden von uns wichtige Anforderungen an eine künftige unabhängige Patientenberatung konkret festgeschrieben. Zentrale Forderungen waren die Sicherstellung einer bundesweit einheitlichen Beratungsqualität, die Einhaltung unverzichtbarer Qualitätskriterien und eine gute Erreichbarkeit durch einen Mix aus persönlicher, telefonischer und E-Mail-Beratung.

Das Herzstück der UPD ist die Unabhängigkeit der Beratung. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, dass weder die Politik, noch der GKV-Spitzenverband oder die drei Gesellschafter der SVV auf die konkreten Inhalte der Beratung Einfluss nehmen. Dies ist durch die gesetzlichen Regelungen sowie durch die in der Ausschreibung gemachten Vorgaben sichergestellt.

Das Informationsrecht zählt zu den ganz wesentlichen Patientenrechten. Eine unabhängige Verbraucher- und Patientenberatung von hoher Qualität ist ein sinnvoller Baustein, um die existierenden Informations- und Beratungsmöglichkeiten zu ergänzen. Sie soll auch den Zugang zu anderen qualifizierten Beratungsmöglichkeiten eröffnen und damit eine wichtige Lotsenfunktion wahrnehmen, damit Menschen an die für sie richtige Stelle geraten, um ihre Fragen im Zusammenhang mit Gesundheit und Krankheit klären zu können.

Um den möglichst reibungslosen Übergang von der Modellphase in den Alltagsbetrieb zu ermöglichen, haben wir die Ausschreibung bereits im Sommer 2010 auf Basis des Kabinettsbeschlusses gestartet. Hätten wir bis zu der endgültigen Beschlussfassung des Bundestages gewartet, dann wäre bis zum Frühsommer keine Aufnahme der Beratungstätigkeit möglich gewesen. Insofern sind wir froh, dass es nun entgegen der Befürchtung vieler doch so schnell gegangen ist.

Da das Angebot aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Krankenkassen finanziert wird, hat der GKV-Spitzenverband dafür Sorge zu tragen, dass die immerhin 26 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren zweckgebunden und entsprechend dem gesetzlichen Auftrag und den daraus resultierenden Förderzielen sachgerecht verwendet werden.

Wir werden dabei – wie bisher auch – durch einen Beirat unterstützt, der sich künftig zweimal jährlich mit den Ergebnissen der Wissenschaftlichen Begleitung befassen wird. Er kann auch Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Angebots geben.

Noch ein letztes Wort: Da das Angebot allen offensteht, finden wir es nur richtig, dass sich nun auch die PKV an der Finanzierung beteiligt, wenngleich wir uns gewünscht hätten, dass sich ihre Zusage nicht nur auf drei Jahre erstreckt.